



Sich.-Ing Jörg Hensel  
Menschenrechtsverteidiger  
i.S.d. UN Resolution 53/144  
EU Annex DOC 10111-0  
Bekstrasse 5a  
24214 Gettorf

Gettorf, den 25.08.2012

An den Vorsitzenden  
des Petitionsausschusses  
im Landtag Schleswig-Holstein  
Herrn Uli König (Piratenpartei)

via Fax: 0431-988 1017

nachrichtlich:

Piratenpartei Schleswig-Holstein

via Fax: 0431- 55686679

nachrichtlich:

Piratenpartei Bundesvorstand

via Fax: 030 609897-517

## **Erneute Beschwerde gem. Artikel 13 EMRK**

**Ihr Schreiben vom 24.08.2012 – Az.: L142-16/1940 – Anlage**

**Missachtung des Urteils des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wegen Verletzung des Wirksamkeitsgebotes (vgl. *EGMR Große Kammer, Urteil vom 8. 6. 2006 - 75529/01 (Sürmeli/Deutschland)* , *NJW 2006, 2389*).**

Sehr geehrter Herr König,

ich habe Ihr Schreiben heute erhalten und bin, zugegebenermaßen ziemlich enttäuscht, dass der Petitionsausschuss im Landtag Schleswig-Holstein **unter Vorsitz der Piratenpartei SH** das o.a. Urteil des EGMR zum erneuten Male nicht zur Kenntnis nehmen und den Forderungen des höchsten Gerichtes in Europa einfach nicht nachkommen will.

Ich hätte dies von jedem Vorsitzenden jeder anderen Partei erwartet; jedoch nicht von Mitgliedern der Piratenpartei Schleswig-Holsteins, die immer und an jeder Stelle berechtigterweise für Transparenz und gegen Korruption eintritt; dies auch öffentlich bzw. in Ihrem Parteiprogramm verkündet hat.

Ich frage mich, warum Sie sich von Dingen leiten lassen, die dem widersprechen, was die Piraten eigentlich programmatisch umsetzen möchten bzw. dies dem Wähler versprochen haben.

Ich hatte das Urteil des EU-Gerichtshofes mehrfach und an entscheidender Stelle zitiert und ich tue es auch gerne noch einmal, in der Hoffnung, dass Sie, als Vorsitzender des Petitionsausschusses allen Personen des Petitionsausschusses rechtsverbindlich mitteilen, dass das Urteil des EGMR in aller Konsequenz, bei Beschwerden gem. Artikel 13 EMRK zu beachten ist und die eingehenden Petitionen gem. Artikel 13 EMRK **wirksam** i.S. o.a. Rechtsprechung durch den EGMR, zu behandeln sind.

Denn dies ist ausweislich Ihres u.a. Schreibens leider immer noch nicht erfolgt, da Frau R., möglicherweise ohne Ihr Wissen, Rechtsmissbrauch gemäß Artikel 17 EMRK begangen hat, weil sie eine wirksame Beschwerde gem. Art. 13 EMRK, wohl aus persönlichen oder sonstigen Gründen – und um keinen Preis - gelten lassen will. - Wie schon in der letzten Legislaturperiode unter schwarz/gelb !

So stellt Frau R. ihre eigenen, persönlichen Bearbeitungsmodalitäten für eingehende Beschwerden gem. Artikel 13 EMRK auf, in dem sie seit langer Zeit als einziges Kriterium und immer wieder stereotypisch angibt, dass Zitat:

*nicht neue wesentliche Gesichtspunkte, die nicht schon Beratungsgegenstand waren, beziehungsweise ein konkretes Anliegen, welches Gegenstand weiterer Beratungen sein könnte,...*

ich angeblich nicht vorgetragen haben soll, wo ich doch alle von mir - via Beschwerde gem. Artikel 13 EMRK - angezeigten Missstände (z.B. Scheinurteile / Scheinbeschlüsse, Korruption u.a.m. - vgl. meine diesbzgl. Beschwerde vom 08.08.2012) und andere Fakten in aller Deutlichkeit dargestellt, Beweis erbracht und zum Beschwerdegegenstand gem. Artikel 13 EMRK erhoben habe.

Der Beschwerdegegenstand war und ist für jeden, der lesen und einfache Zusammenhänge verstehen kann, erkennbar.

Nur nicht für die Geschäftsführerin des Petitionsausschusses SH Frau R., die wie gesagt, die EMRK in diesem Punkt einfach nicht - offenbar aus persönlichen oder sonstigen Gründen - nicht zulassen will.

Ihre Beweggründe hierfür, können sich mir jedenfalls nicht erschließen, einer ganzen Bevölkerung grundlegende Menschenrechte (vgl. Art. 6 EMRK / Art. 47 der Charta der Grundrechte der EU bzw. Art. 31 der Charta) absprechen bzw. vorenthalten zu wollen.

Wie kann es sein, dass eine einzige Verwaltungsangestellte, unter Ihrem Vorsitz die Europäische Menschenrechtskonvention in wesentlichen Punkten gegenüber dem Bürger verletzt und dafür sorgt, dass Beschwerden gemäß Artikel 13 EMRK wegen Menschenrechtsverletzungen nicht wirksam abgeholfen werden ?

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass durch die Verletzung des Artikel 13 EMRK insb. durch Frau R. und/oder ggf. durch andere Personen im Petitionsausschusses, Menschen, die eigentlich durch die EMRK geschützt werden sollen, in ihrer Gesundheit ggf. schwer zu Schaden kommen können (vgl. hierzu auch Berichte des Landesrechnungshofes (b.b.)) und dass Behinderungen bei der Durchführung der Konvention und bei Missachtung b.b. höchststrichterlicher, internationaler Rechtsprechung durch den Gerichtshof für Menschenrechte, insbesondere durch

Einzelpersonen oder einer diesbzgl. Duldung, Straftatbestände erwachsen können; insbesondere dann, wenn aus der Be- und/oder Verhinderung der staatlichen Konventionspflichten bzw. der Missachtung des b.b. EGMR Urteils (wie vorliegend) beispielsweise Körperverletzungen an Menschen oder auch Schlimmeres resultieren und/oder sich neu entwickeln könnten.

Entsprechende Untersuchungen sind anhängig und werden ggf. gegenüber dem Petitionsausschuss zu würdigen sein. - Mit allen Konsequenzen aufgrund der immer noch anhaltenden Vorteilsgewährung durch Unterlassen (§ 333 i.V.m. § 336 StGB (vgl. Rechtsgutachten foodwatch e.V.).

Ebenfalls weise ich Sie darauf hin, dass alle Mitglieder des Petitionsausschusses Beschäftigte im Sinne des § 2 (2) Ziffer 4 des Arbeitsschutzgesetzes sind, so dass die Mitglieder des Petitionsausschusses die Pflichten nach dem **dritten Abschnitt des Arbeitsschutzgesetzes** trifft.

Da durch Scheinurteile bzw. Korruption der Arbeitsschutz in den Schulen bereits seit über einem Jahrzehnt verhindert wurde, verhindert wurde (b.b.), hätte der Petitionsausschuss die Pflicht gehabt meine hierauf gerichteten Beschwerden i.S. b.b. Rechtsprechung des EGMR abzuhelpen.

Denn alle Beschäftigten bzw. Mitglieder des Petitionsausschusses haben gem. § 15 (1) S. 2 ArbSchG folgende Pflicht:  
Zitat:

### § 15 Pflichten der Beschäftigten

(1) Die Beschäftigten sind verpflichtet, nach ihren Möglichkeiten sowie gemäß der Unterweisung und Weisung des Arbeitgebers für ihre Sicherheit und Gesundheit bei der Arbeit Sorge zu tragen. **Entsprechend Satz 1 haben die Beschäftigten auch für die Sicherheit und Gesundheit der Personen zu sorgen, die von ihren Handlungen oder Unterlassungen bei der Arbeit betroffen sind.**

Vor diesem Hintergrund möchte ich erwähnen, dass Beamte in Ermangelung eines Staatshaftungsgesetzes (vgl. BverfG a.a.O.), selbstschuldnerisch haften. Dies gilt insbesondere für Verletzungen von Schutzgesetzen, wie dem Arbeitsschutzgesetz.

Zitat § 823 BGB:

### **§ 823 Schadensersatzpflicht**

**(1) Wer vorsätzlich oder fahrlässig das Leben, den Körper, die Gesundheit, die Freiheit, das Eigentum oder ein sonstiges Recht eines anderen widerrechtlich verletzt, ist dem anderen zum Ersatz des daraus entstehenden Schadens verpflichtet.**

**(2) Die gleiche Verpflichtung trifft denjenigen, welcher gegen ein den Schutz eines anderen bezweckendes Gesetz verstößt. Ist nach dem Inhalt des Gesetzes ein Verstoß gegen dieses auch ohne Verschulden möglich, so tritt die Ersatzpflicht nur im Falle des Verschuldens ein.**

So könnten z.B. Lehrkräfte, Schüler/innen und andere Beschäftigte auf den Gedanken kommen, von den Mitgliedern des Petitionsausschusses Schadensersatz fordern, weil der Petitionsausschuss Schleswig-holstein bislang nicht nur hierauf gerichtete Beschwerden ignoriert, sondern auch nicht ihre Pflichten nach dem Arbeitsschutzgesetz nachkommen wollen.

Mit der Bitte um dringende Abhilfe und Transparenz in dieser Angelegenheit

verbleibe ich

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jörg Hensel', with a stylized flourish at the end.

Jörg Hensel

**Anlage:** Abweisung Beschwerde gem. Artikel 13 EMRK



Schleswig-Holsteinischer Landtag

Petitionsausschuss  
Der Vorsitzende



Schleswig-Holsteinischer Landtag • Postfach 7121 • 24171 Kiel

Herrn  
Jörg Hensel  
Bekstraße 5a  
24214 Gettorf

Ihr Zeichen:  
Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: L142-16/1940  
Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Frauke St

Telefon (0431) 988 1015  
Telefax (0431) 988-1017  
Frauke.S. i@landtag.ltsh.de

24.08.2012

**Petition L142-16/1940**  
**Gerichtswesen; Vollstreckung**

Sehr geehrter Herr Hensel,

ich bestätige den Eingang Ihres Telefaxes vom 8. August 2012. Ihr Petitionsverfahren ist abgeschlossen. Ich verweise insoweit auf den Beschluss des Petitionsausschusses vom 2. Februar 2010 sowie auf meine Schreiben vom 19. März 2012 und 12. April 2012. Neue wesentliche Gesichtspunkte, die nicht schon Beratungsgegenstand waren, beziehungsweise ein konkretes Anliegen, welches Gegenstand weiterer Beratungen sein könnte, haben Sie nicht vorgetragen.

Den Vorwurf, die Geschäftsstelle des Petitionsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages beseitige oder vernichte Unterlagen, weise ich entschieden zurück und nehme von der Beantwortung weiterer Schreiben in der Angelegenheit Abstand.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag